

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XVIII/226

Bonn, den 28. November 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

- | | | |
|--------|---|-----|
| 1 | <u>Das gehört nicht in unsere politische Landschaft !</u>
Rechtsradikaler Irrsinn in einer deutschen Zeitung | 52 |
| 2 - 3a | <u>Das Deutsch-Französische Jugendwerk</u>
Der Vertrag und seine Auswirkungen in der Praxis
Von Waldemar Ritter | 140 |
| 4 - 5 | <u>Alarmzeichen in Afrika</u>
Wachsende Unzufriedenheit mit Methoden der Entwicklungshilfe
Von Bruno Kuster, Genf | 49 |
| 5 | <u>Gewittergrollen auch in der UNO</u>
Es geht um die Gleichberechtigung | 24 |

Chefredakteur Günter Markscheffel

28. November 1963

Das gehört nicht in unsere politische Landschaft !

Rechtsradikaler Irrsinn in einer deutschen Zeitung

sp - Die als rechteradikal einzugliedernde "Nationalzeitung und Soldatenzeitung" läßt ausgerechnet den in Dallas (Texas) lebenden ehemaligen amerikanischen Generalmajor Edwin Walker in einem Interview über die Ermordung Kennedys zu Worte kommen. Herr Walker wird laut und den Lesern in Deutschland als "Sprecher der konservativen Opposition" vorgestellt. Dieser ehemalige amerikanische Generalmajor war in Augsburg stationiert. Er mußte die amerikanische Armee verlassen, weil in seinem Befehlsbereich Flugblätter fabriziert und verschickt worden waren, in denen die Empfänger in schlechtem Deutsch aufgefordert wurden, sich der rechtsradikalen und den Rassenhaß predigenden Geheimorganisation KU-KLUX-KLAN anzuschließen. Der SPD-Pressedienst hätte seinerzeit den Wortlaut eines solchen Flugblattes veröffentlicht.

In dem Interview sagt Walker u.a., der Tod Kennedys sei nicht überraschend gekommen; es hätte sich genügend Zündstoff gesammelt, "der nur durch eine permanent falsche Berichterstattung verdeckt worden war". Den mutmaßlichen Mörder Kennedys nennt Walker einen "geschulten Marxisten" und erklärt schließlich mit Hinweis auf Lee Oswald "es gibt zu viele fremde und unkontrollierbare Faktoren in Amerika".

An sich könnte die Meinung eines aus der amerikanischen Armee entfernten ehemaligen Generalmajors unerheblich sein. Die Tatsache jedoch, daß ein in der Bundesrepublik erscheinendes und sich präventios "National- und Soldatenzeitung" nennendes Publikationsorgan so ungereimtes Zeug verbreitet, gehört nicht in unsere politische Landschaft.

Der Vorgang wird aber noch peinlicher, wenn man folgenden indirekt zur Rassendiskriminierung auffordernden Passus liest: Es heißt dort:

- * Walker: Wir sprachen vorhin über den marxistischen Mörder ...
- * Oswald ... Lee Oswald ... ich erfahre eben, daß sich John Abt
- * aus New York erboten hat, ihn vor Gericht zu verteidigen.
- * National-Zeitung: "John ...? Buchstabieren Sie bitte!"
- * Walker: "Rechtsanwalt John Abt! New York!"
- * National-Zeitung: "Das kann doch wohl nicht wahr sein! Ich
- * vergewissere mich noch einmal: John Abt?"
- * Walker: "Korrekt! Mister Abt ist Amerikaner jüdischer
- * Konfession und verteidigt alle großen Kommunistenfälle."
- * National-Zeitung: "Ich werde unseren Lesern eine Kurzbiographie
- * von Mister Abt geben, General."
- * Walker: "Die ist äußerst interessant, mein Freund."

Amerikanische Freunde haben uns versichert, in den USA würde keine Zeitung derartig hinterhältige und an den "Stürmer" eines Streicher erinnernde Bemerkungen abdrucken. Das mag sein. Uns interessiert lediglich, daß eine angeblich in Auflage von 200 000 Exemplaren erscheinende Zeitschrift in der Bundesrepublik den Jargon aus der würdelosesten Zeit Deutschlands in Zusammenhang mit der Ermordung Kennedys wieder einführt.

Es ist höchste Zeit, daß man die politischen Querverbindungen dieses Organs, dessen Inhalt den Begriff "national" pervertiert, bloßlegt, damit in dem schmutzigen Sumpf von Rassenhetze und nationalistischer Verblendung nicht noch mehr Giftblasen entstehen.

Das Deutsch-französische Jugendwerk

Von Waldemar Ritter

Am 22. Januar 1963 unterzeichneten der damalige Bundeskanzler Konrad Adenauer und der französische Staatspräsident de Gaulle in Paris den deutsch-französischen Vertrag, der für die Jugendbegegnung beider Länder ein Austausch- und Förderungswerk beinhaltet. Am 5. Juli 1963 wurde in Bonn das Deutsch-französische Jugendwerk gegründet. Gemäß dem deutsch-französischen Vertrag und gemäß dem Abkommen über die Gründung eines Deutsch-französischen Jugendwerkes erstreckt sich die Tätigkeit des Jugendwerkes auf folgende Aufgaben:

- 1) Begegnung und Austausch von Schülern, Studenten und berufstätigen Jugendlichen;
- 2) Gruppenfahrten, Jugend- und Jugendsportveranstaltungen;
- 3) Kinder-, Jugend- und Familienerholung;
- 4) Austausch und Ausbildung von Fachkräften und Mitarbeitern der Jugendarbeit und des Jugendsports, gemeinsames Training für Jugendsportler;
- 5) Vertiefung der gegenseitigen Kenntnisse der beiden Länder durch Öffentlichkeitsarbeit, Bildungsreisen, Studienaufenthalte, Seminare, musische Veranstaltungen und durch Tagungen der leitenden Persönlichkeiten der Jugendarbeit;
- 6) Ausbau ausserschulischer Einrichtungen zur Förderung der gegenseitigen Sprachkenntnisse;
- 7) Untersuchungen und wissenschaftliche Forschungsarbeiten über Jugendfragen.

Darüber hinaus soll das Jugendwerk bei der Erfüllung seiner Aufgaben die Grundsätze der Zusammenarbeit und Verständigung unter den Ländern Europas und den anderen Ländern der freien Welt verfolgen und bei der Jugend vertiefen.

Kuratorium - das wichtigste Organ

An der Spitze des Jugendwerkes steht ein Kuratorium, das sich aus je zehn deutschen und französischen Mitgliedern zusammensetzt, die von den Regierungen der beiden Länder bereits berufen sind. Je vier Mitglieder aus jedem Land sind Vertreter der Verwaltung, die übrigen sechs sollen namhafte Persönlichkeiten und Leiter von Organisationen der freien Jugendarbeit beider Länder sein. Für jedes Mitglied ist ein Stellvertreter benannt.

Dieses Kuratorium ist neben der Büroorganisation, die aus einem gemeinsamen Generalsekretariat mit einer deutschen und einer französischen Abteilung besteht, das wichtigste Organ des Jugendwerkes.

Das Kuratorium

beschließt das Programm für die Tätigkeit des Jugendwerkes und erläßt Richtlinien für seine Ausführungen;

ergreift alle gemeinsamen Maßnahmen für ein ordnungsgemäßes Arbeiten des Jugendwerkes;

beschließt den Haushaltsplan des Jugendwerkes;
erläßt Richtlinien für eine sorgsame Verwaltung der
Haushaltswittel;
billigt den Jahresbericht des Generalsekretärs usw. .

Wie es in der Praxis aussieht

Dies alles sieht im Vertrag und im Abkommen über das Jugendwerk ganz gut aus. Wie ist aber die Praxis? Zunächst wird man sagen, wenn Gelder aus dem Bundesjugendplan für die politische Bildung unserer Jugend nicht umsonst hinausgeworfen werden sollen, kann nicht gut von einem "unabhängigen Jugendwerk" gesprochen werden, wenn insbesondere der Vertrag vorsieht, daß die direkten Vertreter der Regierungen (nämlich acht) nicht überstimmt werden können, weil dafür eine 3/4 Mehrheit notwendig ist; wenn man außerdem die politische Orientierung der Mehrheit der Mitglieder, die aus der "Freien Jugendarbeit" kommen, betrachtet, so ist zumindest dem Sentiment nach das Kuratorium eine Angelegenheit der deutschen und der französischen Regierungsparteien.

Aber damit nicht genug: In der Bundesrepublik hat man weder die großen Jugendverbände, noch ihre drei Dachverbände um Vorschläge er sucht. Sie haben zwar von sich aus Vorschläge gemacht und dringend empfohlen, bei der Berufung die gesellschaftliche und politische Ausgewogenheit zu beachten. Das ist aber n i c h t geschehen. Bei den vom Deutschen Bundesjugendring vorgeschlagenen Persönlichkeiten wurde nur eine Seite berücksichtigt. Die besonders politisch engagierte Jugend, also der Ring politischer Jugend und die deutschen Studentenschaften, die Jugend im Deutschen Gewerkschaftsbund und die deutsche Sportjugend, hat man zum Teil ohne Zustimmung ihrer Organisationen mit Trostpreisen, also mit der stellvertretenden Mitgliedschaft in Kuratorium, abgespeist.

Zu der ersten Arbeitssitzung in Paris hat man die Stellvertreter nicht zugelassen und man höre und staune, erst in der nächsten Sitzung in Bonn wollen die direkten Mitglieder des Kuratoriums, das von einigen Jugendverbänden auch bereits als ein "Kuratorium für Altenhilfe" bezeichnet wurde, darüber befinden, ob die Stellvertreter an den Sitzungen mit beratender Stimme teilnehmen können.

Jugendverbände wurden übergangen

Um es vorweg zu sagen, die Vertreter der Jugendverbände, die im wesentlichen die deutsch-französische Jugendbegegnung schon bisher getragen haben und hoffentlich wohl auch weiterhin tragen sollen, sind übergangen worden, und Bundesminister Beck braucht sich nicht darüber zu wundern, daß es seit Monaten ein gespanntes Verhältnis zwischen den Jugendverbänden und seinem Ministerium gibt. Dies umso mehr, als sich in Deutschland und in Frankreich Anzeichen bemerkbar machen, die darauf hindeuten, daß bei der deutsch-französischen Jugendbegegnung nicht nur die bewährten Institutionen in die Förderung einbezogen werden sollen, sondern offenbar gleichrangig auch solche, die ihr Herz für die deutsch-französische Freundschaft erst nach dem Abschluß des deutsch-französischen Vertrages entdeckt haben. Anders wird die Antwort von Staatssekretär Carstens im Deutschen Bundestag, "hier keine Prioritäten" zu schaffen, wohl kaum verstanden werden können. Das geschieht aber doch, wenn ein reiner CDU, CSU-Verein, der sich der Form halber und um des Etiketts willen gegenüber unserer, - wie man dort offenbar meint - leicht zu fangenden Jugend "unabhängig" und

"Überparteilich" nennt das gleiche geschieht in Frankreich, wo sich in vielen Departements Komitees für deutsch-französische Freundschaft gründen, die ausschließlich aus Gaullisten bestehen. Das aber ist es, was weder die deutsche, noch die französische Jugend will. Was sie wollen, ist die f r e i e und nicht die organisatorisch in "Apparaten" eingeengte Jugendbegegnung. Was sie wollen, ist nicht die Exklusivität zwischen ihnen, sondern die Jugendbegegnung auf der g e s a m t e n internationalen Ebene, insbesondere aber in Europa.

Die Relationen stimmen nicht

Wir haben an anderer Stelle bereits im Februar dieses Jahres darauf hingewiesen, und alle deutschen Jugendverbände waren hier mit uns einer Meinung, daß die Relation 20 Millionen DM für die Deutsch-französische Jugendbegegnung und 5 Millionen DM für die gesamte internationale Jugendarbeit, nicht den Wünschen der deutschen Jugend entspricht. Für die Jugendlichen in anderen Ländern, z.B. in Italien, England oder Skandinavien, bedeutet das ganz schlicht - und es ist uns bereits gesagt worden - eine Diskriminierung. Das deutsche Nationalkomitee der WAY, das sich aus allen Verbänden des deutschen Bundesjugendrings und des Ringes politischer Jugend zusammensetzt, hat deshalb bereits am 5. Mai 1963 gefordert:

- * "Die besondere Intensivierung deutsch-französischer Jugend-
- * programme darf nicht zu einer Benachteiligung von bilate-
- * ralen oder internationalen Programmen der Jugendarbeit mit
- * anderen europäischen Ländern führen. Dies gilt auch für
- * die Förderungssätze."

Eine verbindliche klare Stellungnahme hat der Minister für Familien- und Jugendfragen auch zu dieser Frage bis heute noch nicht abgegeben.

Es geht um das ganze Europa

Weiß der Minister nicht, daß es der deutschen Jugend um g a n z Europa geht? Weiß er nicht, daß die deutsche Jugend die Deutsch-französische Jugendbegegnung als e i n e von vielen Voraussetzungen für die Einigung Europas betrachtet? Wir sehen die europäische Einigung als eine Aufgabe, die vordringlich gelöst werden muß und die man nicht der kommenden Generation überlassen soll.

Wenn Bundesminister Heck für seine fehlende jugendpolitische Konzeption ein Feigenblatt braucht, und glaubt, dieses im Deutsch-französischen Jugendwerk gefunden zu haben, dann sei ihm gesagt, daß er wenigstens hier auf klare Fragen eindeutige und verbindliche Antworten geben sollte.

Alarmzeichen in Afrika

Wachsende Unzufriedenheit mit Methoden der Entwicklungshilfe
Von Bruno Kuster, Genf

Der Präsident von Tansania fordert einen "weltweiten, geplanten Angriff gegen die Armut", da sich die armen Länder sonst gezwungen sähen, sich "während einer gewissen Zeit" wirtschaftlich möglichst vollständig von der Aussenwelt abzuschliessen. Auch wenn ernste Zweifel hinsichtlich der Durchführbarkeit dieser Drohung angebracht sind, verdienen die Ausführungen Nyereres Beachtung, da sie einen Eindruck von der Temperatur vermitteln, die in den führenden Kreisen des jungen Afrika gegenwärtig herrscht. Tatsache ist jedenfalls, daß die Beziehungen zwischen den armen und den reichen Ländern wohl noch nie so schlecht waren wie heute.

"Geschenke der Reichen"

Nyerere sagte kürzlich vor der FAO-Konferenz in Rom: "Jene unter uns, die sich ihrer Armut bewußt sind, können sich mit der gegenwärtigen Lage, wo der Reiche reicher wird, der Arme aber arm bleibt, nicht mehr abfinden." Der Graben, der die Reichen von den armen Völkern trennt, habe zur Entstehung der Hilfe geführt, die nichts anderes ist als "Geschenke der Reichen an die Armen." Und damit sollen wir, rief Tansanias Präsident aus, gegen die Tendenz der internationalen Kapitalbewegungen und des Welthandels aufkommen?! Unter diesen Umständen sei es nicht verwunderlich, daß der Graben immer breiter werde, denn die Wirkung der "Hilfe" werde oft genug durch eine geringfügige Preisschwankung eines einzigen Rohstoffes aufgewogen.

"Die wirkliche Frage lautet, ob die Hilfe und die Investitionen von aussen uns gestatten werden, unsere Volkswirtschaft aufzubauen, oder ob ihre Wirkungen durch das Spiel eines nicht geplanten Welthandels aufgehoben werden."

"Block der Armen"?

"Falls unsere Forderung nach einem weltweiten Angriff gegen die Armut nicht durchdringt, schlage ich vor, einen besonderen Wirtschaftsblock zu schaffen, dem nur unterentwickelte Länder angehören werden, der seinen eigenen wirtschaftlichen Entwicklungsplan besitzt und seine Kreditpolitik selbst handhaben wird." Dieser Block würde mit der übrigen Welt möglichst geringe Beziehungen unterhalten, die sorgfältig kontrolliert würden. Diese Politik würde, nach Nyerere, solange fort-

gesetzt, bis die armen Länder stark genug wären, um mit den reichen auf dem Fuße der Gleichberechtigung zu konkurrieren. Solange in der Weltwirtschaft das Gesetz des Dschungels herrsche, "ist es besser, wenn die Schwachen gegenüber den Starken Abstand wahren."

Opfer und Leiden

Nyerere macht sich keine Illusion über "die Schwierigkeiten, die ihr Vorschlag gebrachten rückschrittlichen Maßnahmen durchzuführen." Sie erfordern eine strenge Kontrolle der Ein- und Ausfuhr wie überhaupt des ganzen Wirtschaftslebens, "was unweigerlich Auswirkungen auf die individuelle Freiheit unserer Bevölkerungen hätte." Der wirtschaftliche Aufbau würde erschwert und würde von der heutigen Generation noch zusätzliche Opfer fordern, was unweigerlich "Feindseligkeit gegen die reiche Minderheit erzeugen würde." Und dennoch müsse dieses Wagnis eingegangen werden, denn die Fortsetzung der gegenwärtigen Verbindung von Hilfe und freier internationaler Konkurrenz erlaube es niemals, das angestrebte Ziel zu erreichen.

Solange der Angriff auf die Armut nicht mit wirkungsvolleren Methoden geführt wird als bisher, dürfte es nicht viel nützen, die verzweifelte Doktrin Nyereres theoretisch zu widerlegen!

+ + +

Gewittergrollen auch in der UNO

sp - In der UNO ist das Gewittergrollen, besonders der afrikanischen Delegierten, nicht mehr überhörbar. Hier ging es dieser Tage vor dem Sicherheitsrat hauptsächlich um die Rassenpolitik der Republik Südafrika. Man diskutiert jetzt nicht mehr nur über einen von den meisten afrikanischen Staaten für notwendig gehaltenen Boykott gegen Waffenlieferungen für Südafrika, sondern verlangt vielmehr allgemeine politische und wirtschaftliche Sanktionen. Noch im August dieses Jahres war nur von einem Waffenembargo die Rede, jetzt wird gefordert, daß sich die zivilisierte Welt mit ihrer ganzen Macht für die Gleichberechtigung der Rassen einsetzt. Im Augenblick ist noch nicht übersehbar, ob sich für einen solchen Antrag eine Mehrheit finden wird; über Kompromisse wird verhandelt. Aber unabhängig von diesem speziellen Fall entwickeln die Vertreter der afrikanischen, lateinamerikanischen und asiatischen Staaten eine rege diplomatische Aktivität mit dem Ziele der politischen Blockbildung aller militärisch nicht gebundenen Staaten, sowohl gegen die Führungsmacht im Osten wie die im Westen. Daß hierbei auch Probleme zur Sprache kommen, die uns besonders in Deutschland berühren, ist zu erwarten. In allen diesen Fragen geht es den jungen Nationen in erster Linie um die Gleichberechtigung und das Selbstbestimmungsrecht. Bewußt oder unbewußt verbinden viele von ihnen ihre Sorgen und ihr Schicksal mit der Situation des deutschen Volkes. Von dem Maß des Verständnisses, das die Bundesrepublik den Sorgen der jungen Nationen entgegenbringt, wird es früher oder später abhängen, wie diese sich uns gegenüber in den entscheidenden internationalen Grenien verhalten.

+ + +